



Was wurde aus der Impfpflicht im Gesundheitswesen?

Bericht: Andreas Rummel

Kamera: Lino Hesper / Markus Janssen / Malte Niessen

Schnitt: Jörg R. Müller

Haben sich die Befürchtungen aus dem März bestätigt? Fehlt Personal, weil ungeimpften Mitarbeitern Tätigkeitsverbote ausgesprochen wurden? Unsere erste Station: Das Pflegezentrum Fuhneae im südlichen Sachsen-Anhalt. Der Chefin hier, Annett Rabe, war das Impfen ihrer Mitarbeiterinnen sehr wichtig, sie führte viele Gespräche. Und die Impfquote hier ist top: von 92 Angestellten sind nur drei ungeimpft. Doch einige hätten sich lieber nicht impfen lassen. So wie die Altenpflegerinnen Sandra Rieger und Elisa Schmidt.

Altenpflegerin Sandra Rieger

„Das ist jetzt für mich eigentlich das Schlimmste! Dass so das Muss dahintersteht – dass ich nicht mehr selbst über meinen Körper entscheiden kann. Dass man halt irgendwann sagt: Ich lass mich impfen, weil man halt unter Druck gesetzt wird!“

Altenpflegerin Elisa Schmidt

„Die Pflegekraft muss das – und, aber – was ist der eigene Wille? Was möchte man selber? Das wird nicht hinterfragt!“

Frage: „Das heißt, Sie fühlen sich da in Ihrer Freiheit zu sehr beschränkt?“

Elisa: „Ja, natürlich. Weil: Ich konnte ja nicht frei entscheiden, ob ich diese Impfung möchte oder nicht! Dieser Zwang – entweder lässt Du Dich impfen, oder Du verlierst aller höchst Wahrscheinlichkeit nach deinen Job!“

Das Impfen fand sie zwar wichtig, aber mit dem Gesetz hat Annett Rabe inzwischen arge Bauchschmerzen. Die drei ungeimpften Mitarbeiterinnen musste sie im März dem Landratsamt melden, und im April bekamen die Post vom Gesundheitsamt mit der Aufforderung, Impfnachweise vorzulegen. Sie haben es nicht getan. Passiert ist bis jetzt, fast drei Monate später – nichts.

Annett Rabe, Pflegezentrum Fuhneae

„Also ich habe das schon erwartet, so wie es jetzt gekommen ist, dass nichts passiert – außer dass wir alle viel Arbeit damit haben und viel Stress. Alldieweil zum einen kann sich die Politik, und keiner, das leisten, die Leute wegzuschicken. Das Personal ist überall knapp, wir wissen, es gibt überall kein Personal, keine Fachkräfte. Und wenn man dann jetzt noch die Leute wegschickt, dann bricht hier erst recht alles zusammen. Wer soll denn die Leute hier versorgen?“



Dass es mit Entscheidungen zum Teil sehr lange dauert, hat das zuständige Landratsamt auch mit hoher Arbeitsbelastung und zudem mit einem Cyberangriff begründet, der das Amt längere Zeit lahm legte.

Wie sieht es anderswo aus? Im Südharzkllinikum im thüringischen Nordhausen hatten wir im Januar und Februar gedreht. In der Endoskopie – einer wichtigen Abteilung, in der auch Notfälle versorgt werden – wollte sich damals die Hälfte der Fachschwestern nicht impfen lassen. So auch Schwester Anica.

Schwester Anica

Frage: „Und sich doch impfen lassen?“

Anica: „Nein, das ist für mich keine Option!“

Bei einem Tätigkeitsverbot für die nicht geimpften Mitarbeiter hätte die Endoskopie von 16 Uhr nachmittags bis zum nächsten Morgen schließen müssen, warnte Chefarzt Professor Jens Büntzel im Februar.

Prof. Jens Büntzel, Chefarzt Südharzkllinikum

Frage: Was bedeutet das: Endoskopie fällt aus?

B: Lebensgefahr für die Patienten, die reinkommen bei Blutungen, bei aspirierten Fremdkörpern und ähnlichem!

Frage: Was bedeutet das für die Patienten? Wo können die dann versorgt werden?

B: Nächste Versorgung in ähnlich größeren Einrichtungen ist 50 bis 80 Kilometer entfernt in den Universitäten.

Frage: Was bedeutet, das geht eigentlich gar nicht?

B: Das heißt, das geht nicht, das ist eine Katastrophe für die Versorgung hier im ländlichen Bereich!

Am vergangenen Freitag: Wir sind wieder in der Klinik in Nordhausen. Die gute Nachricht: Schwester Anica ist noch da. Sie bekam erst vor kurzem, Mitte Juni, Post vom Gesundheitsamt. Innerhalb von vier Wochen soll sie jetzt einen Impfnachweis vorlegen.

Anica, Fachschwester am Südharzkllinikum

Frage: „Macht Sie das jetzt nervös?“

„Nein, das macht mich eigentlich nicht nervös. - Mir persönlich geht es damit ganz gut, weil ich wusste, dass dieses Schreiben kommt und ich mich



persönlich darauf vorbereitet habe. Und auch einen Plan B in der Tasche habe.“

Anicas Plan B: Sie hat eine Arbeitsstelle gefunden, die sie jederzeit antreten kann und wo sie keine Impfung braucht. Was hieße: Wieder eine Fachkraft im deutschen Gesundheitswesen weniger.

Auf unsere Frage, warum alles so lange dauert, verweist auch das Gesundheitsamt in Nordhausen unter anderem auf seine hohe Arbeitsbelastung.

Dass es noch keinerlei Verfügungen des Gesundheitsamtes gibt, empfindet Chefarzt Jens Büntzel als Erleichterung – auch wenn er grundsätzlich für das Impfen ist.

Prof. Jens Büntzel, Chefarzt Südharzlinikum

„Wir profitieren jetzt von der Langsamkeit des Systems und ich bin froh, dass es, dass wir eine wirklich sehr individuelle Lösung mit unserem Gesundheitsamt für jeden Einzelnen hoffentlich finden. Weil – so können wir arbeiten! Mir wäre es bloß wichtig, dass beim nächsten Gesetz man vorneweg überlegt!“

Ein unüberlegtes Gesetz? Beschlossen wurde es im Dezember. Dass nicht-geimpfte Mitarbeiter von den Kliniken, Praxen und Heimen erst bis Mitte März zu melden waren, begründete man damit, dass alle genügend Zeit haben sollten, sich noch impfen zu lassen. An der Universität Jena treffen wir den Verfassungsrechtler Professor Michael Brenner. Er meint: Eigentlich war das wohl anders gedacht.

Prof. Michael Brenner, Universität Jena

„Der Gesetzgeber wollte ja offensichtlich Schnelligkeit erreichen. Das heißt, diese Tätigkeitsverbote, und diese Betretungsverbote, die sind kraft Gesetzes für sofort vollziehbar erklärt worden. Und das bedeutet, dass weder ein Widerspruch noch eine Anfechtungsklage aufschiebende Wirkung haben. Und wenn man sich das vergegenwärtigt, sieht, dass bisher eigentlich nichts passiert ist; sich vergegenwärtigt, dass das Gesetz im Dezember ausläuft – dann ist doch die große Frage, ob in den nächsten Monaten noch sehr viel in dieser Richtung passieren wird. Ich wage das jedenfalls mit einem Fragezeichen zu versehen.“

Und dann hat sich die Intention, das Anliegen des Gesetzes letztendlich in Luft – oder man könnte auch sagen: in Nichts aufgelöst!“



Wir haben das Bundesministerium für Gesundheit gefragt, wie viele Tätigkeitsverbote bis jetzt ausgesprochen wurden. Die Antwort: Darüber lägen keine Informationen vor. Das Sozialministerium in Dresden schreibt uns, dass in Sachsen insgesamt knapp 27.000 nicht-geimpfte Mitarbeiter von den Kliniken und Heimen gemeldet wurden. Tätigkeitsverbote gab es bislang nicht. Ebenso wie in Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Wir sind mit dem Landrat des Kreises Mittelsachsen verabredet. Sein Amt hat Aufmerksamkeit auf sich gezogen, weil man hier bereits für mehr als 2000 nicht-geimpfte Mitarbeiter von Heimen und Kliniken entschieden hat, dass sie vorerst uneingeschränkt weiter arbeiten können. Matthias Damm verweist darauf, dass es im Gesetz heißt: Die Gesundheitsämter *können* ein Tätigkeitsverbot erlassen – und sie haben ein weites Ermessen.

Matthias Damm, CDU, Landrat des Kreises Mittelsachsen

„Es ist ja letzten Endes abzuwägen der Ausspruch der Impfpflicht beziehungsweise des Betretungsverbotes, oder die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Und das spitzt sich ja letzten Endes dann immer konkret in dieser Frage zu, indem man sagt: Das eine, oder das andere! Und deswegen haben wir uns ganz klar – weil wir wissen, dass wir ohnehin so entscheiden müssen: entweder so oder so – uns dafür entschieden zu sagen, wir sprechen uns für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit aus. Weil das sich letzten Endes auch deckt mit der Pflicht, dass ja die Menschen, die hier betroffen sind, auch weiter versorgt werden müssen!“

Unsere letzte Station ist ein Seniorenheim im sächsischen Augustusburg, das wir schon mehrfach besucht haben. Hier fällt uns auf: Es wird intensiv getestet: jeder Besucher – jeder Mitarbeiter – an jedem Arbeitstag. Denn die Zweifel daran, dass die Impfung der Mitarbeiter einen wesentlichen Schutz vor Ansteckung der Bewohner bietet, sind hier in den vergangenen Monaten immer größer geworden.

Auch Heimleiterin Ines Trinks gehört zu denen, die engagiert für die Impfung geworben haben – doch sie sieht mittlerweile erhebliche Argumentationsprobleme.

Ines Trinks, Seniorenhaus Augustusburg

„Es werden alle Mitarbeiter, egal ob sie geimpft oder ungeimpft sind, getestet. Jeden Tag vor´m Dienst! Immer, prinzipiell. Und damit sind wir auch ganz gut gefahren, denn nur so konnten wir ja die Mitarbeiter raus sortieren, oder wieder nach Hause schicken, die erkrankt sind. Die plötzlich positiv waren.“



**Und das waren viele. Also es sind unglaublich viele Mitarbeiter erkrankt, obwohl sie geimpft und auch geboostert sind – es ist einfach so!
Wie soll ich denn jetzt jemanden, der nicht geimpft ist, argumentieren, dass er sich impfen lassen soll? Also wenn jemand ein Argument hat, wäre ich sehr dankbar, aber fällt mir grade jetzt nichts ein dazu.“**

Ähnliches hören wir vom Chefarzt des Südharzkrankenhauses. Auch hier haben sich viele Mitarbeiter trotz Impfungen infiziert. Jens Büntzel sieht das Gesetz kritisch.

Prof. Jens Büntzel, Chefarzt Südharzkrankenhaus

„Wir hoffen darauf, dass wir weiter ein Amt haben, was sehr vorsichtig mit der Sache umgeht – damit wir unsere Arbeit machen können. Aber eigentlich ist das eine gesetzliche Pflicht, die an der Umsetzung scheitert und handwerkliche Lücken lässt.“

Frage: „Und das wird Schaden bringen?“

„Das wird auf der einen Seite den Schaden bringen, dass wir Leute aus dem System möglicherweise entziehen, wenn die Ämter das so festlegen. Und das wird auf der anderen Seite auch in Gesetzgebung, das Vertrauen in Gesetzgebung und Regelungen durch die öffentliche Hand, schaden. Als Kollateralschaden!“

Unser Eindruck: Die Befürchtungen, die mit dem Gesetz verbunden waren, haben sich bislang eher nicht bewahrheitet, auch weil Gesundheitsämter überlastet sind. Gelten soll das Gesetz übrigens bis Ende des Jahres.